Terror

War's das endlich mit dem Kalifat?

Sieben Monate lang wehte über der irakischen Stadt Ramadi das schwarz-weiße Banner des „Islamischen Staats" (IS). Seit Ende Dezember hängt dort nun wieder die rot-weiß-schwarze Flagge des Irak. Der Fall Ramadis ist nur die jüngste in einer Reihe von Niederlagen des IS – und sie brachte den irakischen Regierungschef dazu, für 2016 bereits das „Jahr des endgültigen Sieges" auszurufen. 2015 haben die Dschihadisten rund 15 Prozent ihres Territoriums im Irak und in Syrien verloren. Doch eine entscheidende Trendwende ist das noch lange nicht: In seinem Kerngebiet entlang des Euphrat und rund um die Millionenstadt Mossul ist die Herrschaft des IS weiterhin unangetastet – obwohl die USA und ihre Verbündeten seit September 2014 mehr als 8000 Luftschläge gegen die Miliz geflogen sind. Der IS ist zudem die reichste Terrororganisation der Welt, seine Finanzierungsquellen auszutrocknen ist schwierig. Zudem kontrolliert er längst nicht mehr nur Gebiete im Irak und in Syrien. Auch in Libyen haben sich selbst ernannte IS-Provinzen etabliert. Die Miliz nutzt die Wirren des Bürgerkriegs, um ihren Herrschaftsbereich auszudehnen. Bislang kontrollieren die Dschihadisten vor allem die Küstenstadt Sirt und die umliegende Region. Westliche Regierungen fürchten, dass sie 2016 weiter ins Landesinnere vordringen könnten, dorthin, wo die größten Ölvorkommen Afrikas ruhen. Auch in Ägypten hat der IS einen Ableger, der für den Absturz eines russischen Passagierflugzeugs über dem Sinai im Oktober die Verantwortung übernahm; in Nigeria und in Afghanistan ist er ebenfalls aktiv. 2016 könnte das Kalifat in Syrien und im Irak also weiter schrumpfen – aber anderswo, vor allem in Libyen, droht seine Ausbreitung. syd

Afrika

Gibt es eine Hungersnot?

US-Forscher sprechen schon von einem „Godzilla-El Niño", denn selten war das Wetterphänomen stärker ausgeprägt als im vergangenen Jahr. Und es könnte 2016 dramatische Folgen haben. Afrika wird es wohl am härtesten treffen: Dürren im Süden und Starkregen im Osten drohen, Ernten sind in Gefahr – eine absehbare Katastrophe auf einem Kontinent, auf dem 80 Prozent der Bevölkerung unmittelbar vom Landbau abhängig sind. Schon jetzt gilt die Lebensmittelversorgung von 30 Millionen Menschen in Ländern wie Angola, Südafrika, Botswana, Sambia, Simbabwe, Lesotho, Swasiland und Mosambik als unsicher. Die Maisernte war schlecht, die Preise für Grundnahrungsmittel steigen. In Ostafrika sagen Wetterforscher für Januar und Februar schwerste Niederschläge vorher. Die Wassermassen werden fruchtbaren Boden fortschwemmen, Straßen, Schulen und Kliniken zerstören. So könnte 2016 zu einem Jahr der Hungersnot werden. Aber nicht allein das Wetter ist schuld. Die meisten Staaten Afrikas sind schlecht geführt, die Verwaltung ist ineffizient und die politische Klasse korrupt. Zudem sinken bereits seit Jahren die Preise für Rohstoffe, noch immer die wichtigste Einnahmequelle vieler Entwicklungsländer. So haben selbst willige Regierungen kaum Geld, um Flut- und Dürreschäden zu beseitigen oder Vorräte anzulegen. jpu



BILDAGENTUR-ONLINE / UIG-EDWARDS

Kamelskelett im Sudan

Nahost

Kündigen wir Riad die Freundschaft?

In diesem Jahr wird sich Deutschland entscheiden, auf welchen Partner im Nahen Osten es vor allem setzt: Saudi-Arabien oder Iran. So könnte geschehen, was für das saudische Königshaus ein Albtraum, für die Führung Irans eine enorme Aufwertung wäre: Präsident Hassan Rohani schreitet mit Angela Merkel in Berlin über den roten Teppich. Es wäre die richtige Entscheidung. Denn ohne Iran wird es keine Lösung im Syrienkonflikt geben, keine Stabilität im Irak, keinen Sieg über den IS. Der Nuklearvertrag war trotz aller Mängel ein richtiger Schritt, gerade hat das Land sein angereichertes Uran abgegeben, im Februar könnten die Sanktionen gelockert werden. Zwar unterstützt Teheran weiterhin Radikale wie die Hisbollah und richtet öffentlich Gefangene hin; doch mehr und mehr scheint sich die Führung vom Extremismus zu verabschieden. Und die Gesellschaft ist in Teilen sowieso westlich orientiert. Saudi-Arabien dagegen galt lange als berechenbarer Öllieferant und strategischer Partner des Westens, über dessen Defizite in Sachen Menschenrechte großzügig hinweggesehen wurde – dabei ist das Königshaus Teil des Problems, auch wenn das in Berlin und in Washington nur wenige laut sagen. Mit dem Aufstieg des IS wird nun der schreckliche Pakt der Sauds mit dem Fundamentalismus offensichtlich. Als Ablasszahlung an die Radikalen fachten die Ölscheichs den Terror im Namen des Islam an – der sich eines vielleicht gar nicht mehr so fernen Tages gegen das Königshaus wenden könnte. Nun muss Saudi-Arabien seine Macht nutzen, um die Konflikte im Nahen Osten einzudämmen. Tut es das nicht, könnte 2016 das Jahr werden, in dem Deutschland den Herrschern von Riad die Partnerschaft aufkündigt. dbe

Europa

Regieren bald die Rechtspopulisten?

Kaum ein Land ist verschont geblieben. Fast überall in Europa haben sich Rechtspopulisten breitgemacht. Sie kombinieren linke Wohlfahrtsversprechen mit rechtem Nationalismus, eine Mischung, die bei vielen Wählern ankommt. In Teilen der EU stagniert seit Jahren der Lebensstandard, Industrie wandert ab, Arbeitsplätze werden unsicher. Dazu kommt das Gefühl, von Kriegen und Krisen umgeben zu sein, Islamisten tragen den Terror bis unter den Eiffelturm und Millionen Flüchtlinge hoffen auf Asyl. Die Rechtspopulisten versprechen, das alles einfach zu beenden: raus aus der EU, die Grenzen schließen. Schon in drei Ländern regieren sie. In Frankreich waren sie im ersten Durchgang der Regionalwahlen stärkste Partei. Aber sie werden die EU nicht auseinanderreißen. Denn sie sind Meister darin, die Macht zu erobern, aber für den Alltag sind ihre Lösungsvorschläge nicht geeignet. Zum Beispiel Ungarn: Vom Frühjahr an inszenierte Viktor Orbán seinen Kampf gegen Flüchtlinge, indem er einen meterhohen Zaun errichten ließ. Doch am wahren Problem des Landes, der schlechten wirtschaftlichen Lage, hat sich nichts geändert. Auch kann es sich kein Rechtspopulist leisten, Strukturhilfen aus Brüssel aufs Spiel zu setzen. In Frankreich würden Verbände und Gewerkschaften Sturm laufen, wenn der Front National den Euro durch einen schwachen Franc ersetzen wollte. Es kann sein, dass die Rechtspopulisten noch eine Weile von Ängsten profitieren werden. Aber ihre Entzauberung ist eine Frage der Zeit. Das Jahr 2016 könnte ohnehin leiser werden, denn nur in Litauen und der Slowakei sind Parlamentswahlen vorgesehen – und dort droht kein Sieg der Rechtspopulisten. jpu